



Transparenz, Information der Öffentlichkeit und Kontakte mit der Zivilgesellschaft – neue Entwicklungen im Jahr 2009

Hintergrund der aktuellen Transparenzpolitik

Für die Europäische Union ist die Transparenz ihrer Organe und Einrichtungen ein wichtiger Grundsatz. Mehr Transparenz ermöglicht größere Nähe zur Öffentlichkeit und macht es einfacher, den Beitrag der EU-Institutionen zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und zur nachhaltigen Entwicklung Europas zu verdeutlichen.

Die EIB erkennt an, dass sie als eine Bank und als eine öffentliche Institution zu größtmöglicher Transparenz verpflichtet ist. Die Offenheit ihrer Entscheidungsprozesse, ihrer Arbeitsweise und ihrer Maßnahmen, zur Umsetzung der EU-Politik stärkt ihre Glaubwürdigkeit bei den Bürgern der EU und ermöglicht ihr eine bessere Rechenschaftslegung. Transparenz trägt auch dazu bei, die Operationen der Bank effizienter und nachhaltiger zu machen, Korruptionsrisiken zu verringern und die Beziehungen zu externen Beteiligten zu verbessern.

Information der Öffentlichkeit

Die Veröffentlichungs- und Informationspolitik ist ein wichtiger Maßstab dafür, wie die Bank ihre Selbstverpflichtung zu größerer Transparenz umsetzt. Daher arbeitet die EIB kontinuierlich daran, mehr Informationen über ihre Aktivitäten zu geben und die Qualität dieser Informationen zu verbessern. Als einzige internationale Finanzierungsinstitution veröffentlicht sie ihren jährlich überarbeiteten Geschäftsplan – den Operativen Gesamtplan (OGP). Es handelt sich dabei um ein fortgeschriebenes Programm, das einen Zeitraum von jeweils drei Jahren abdeckt. Die Website der EIB ist die Hauptplattform, über die Informationen aktiv in der Öffentlichkeit verbreitet werden. 2009 verzeichnete sie rund 6,8 Millionen Zugriffe (gegenüber 4 Millionen im Jahr 2008). Nach einer internen Evaluierung hat die EIB ihre Homepage www.eib.org im Jahr 2009 umgestaltet. Die neue Aufmachung geht besser auf den Bedarf externer Nutzer ein und entspricht den aktuellen Anforderungen an gutes Webdesign und Funktionalität. Die Bank verbessert ihre Website ständig weiter, um sie noch attraktiver und benutzerfreundlicher zu machen.

2009 wurden Informationen über mehr als 500 in Prüfung befindliche Projekte auf der Website der EIB veröffentlicht. Hinzu kamen andere wichtige Dokumente mit einem Bezug zur Transparenz. Hierzu gehörten der Operative Gesamtplan 2009-2011 der Bank, ihre Umwelt- und Sozialschutzprinzipien und -standards, ihre Whistleblowing-Politik und ihre vorläufige überarbeitete Politik im Zusammenhang mit Offshore-Finanzzentren¹.

Die Kommunikation mit der Öffentlichkeit wird wesentlich durch die „Informations- und Veröffentlichungspolitik der EIB“ bestimmt. Grundlage hierfür ist die generelle Anerkennung des Informationsanspruchs der Öffentlichkeit, sofern dem nicht zwingende Gründe entgegenstehen. Das Grundsatzdokument über diese Politik wurde 2009 überarbeitet. In diesem Zusammenhang wurde eine umfassende Befragung der Öffentlichkeit durchgeführt, die auch die Transparenzpolitik (2004) und das Beschwerdeverfahren (2008) der EIB abdeckte. Die neue Politik wurde am 2. Februar 2010 vom Verwaltungsrat der EIB genehmigt und ist jetzt in Kraft (Einzelheiten siehe unten). In jedem Jahr veröffentlicht die Bank einen Bericht, in dem sie die Umsetzung ihrer Informations- und Veröffentlichungspolitik bewertet. Die Ausgabe 2008 wurde im April 2009 veröffentlicht; die nächste Ausgabe wird im März 2010 zur Verfügung stehen.

¹ Siehe auch Hintergrundinformation Nr. 17 (Strenge Regeln der EIB für den Umgang mit Offshore-Finanzzentren).



Befragungen der Öffentlichkeit

Die Bank befragt regelmäßig die Öffentlichkeit zu bestimmten Themen, die üblicherweise für alle Interessen- und Anspruchsgruppen der EIB von Interesse sind. Dabei geht es sowohl um bestimmte Aspekte der Politik der Bank als auch um sektorübergreifende Fragen. Solche Befragungen haben in erster Linie das Ziel, wertvolle Beiträge von Interessengruppen anzuregen und die Transparenz und Rechenschaftslegung zu verbessern. Die Befragungen werden nach bewährten Verfahren online durchgeführt und umfassen in der Regel zwei Runden mit einer Dauer von 45 bzw. 20 Arbeitstagen. Üblicherweise finden parallel dazu öffentliche Diskussionsveranstaltungen statt, die der Bank den direkten, persönlichen Dialog mit Vertretern der Interessengruppen ermöglichen. Die Beiträge aus der Öffentlichkeit werden von einem Prüfungsgremium der Bank gesichtet und ausgewertet und gegebenenfalls in einer Neufassung des Grundsatzdokuments berücksichtigt. Der endgültige Neuentwurf muss zunächst vom Direktorium genehmigt werden. Danach wird er für einen Zeitraum von 15 Arbeitstagen zur Information auf die Website der EIB gestellt, bevor er dann dem Verwaltungsrat vorgelegt wird. Ein Bericht über die Befragung wird ebenfalls auf die Website gestellt. Der Bericht gibt einen Überblick über das Befragungsverfahren und enthält eine Zusammenstellung aller eingegangenen Beiträge, für die jeweils unter Angabe von Gründen erläutert wird, ob bzw. inwieweit sie für die Überarbeitung berücksichtigt wurden. Nach der Genehmigung durch den Verwaltungsrat wird das Grundsatzpapier auf der Website der EIB und gegebenenfalls auch im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht.

Zusätzlich zu formalen Befragungen der Öffentlichkeit können gegebenenfalls vereinfachte Online-Befragungen oder informelle Workshops zu anderen ausgewählten Grundsatzpapieren durchgeführt werden; das Verfahren richtet sich dabei nach der Art und dem Inhalt des zur Diskussion stehenden Dokuments bzw. Themas.

Im Jahr 2009 wurde eine Befragung der Öffentlichkeit zur Transparenzpolitik, zur Informationspolitik- und Veröffentlichungspolitik der EIB sowie zu ihrem Beschwerdeverfahren durchgeführt. Aus der Befragung ergaben sich zwei überarbeitete Grundsatzdokumente: „Die Transparenzpolitik der EIB“, in der die bisherigen beiden Texte (Transparenzpolitik sowie Veröffentlichungs- und Informationspolitik) zusammengefasst sind, und „Das Beschwerdeverfahren der EIB – Grundsätze, Aufgabenbeschreibung und Verfahrensregeln“. Beide Texte wurden vom Verwaltungsrat im Februar 2010 genehmigt und auf der Website der Bank mit dem zugehörigen Befragungsbericht veröffentlicht. Organisationen der Zivilgesellschaft (CSO) und vor allem nicht-staatliche Organisationen (NGO), die seit jeher die Tätigkeit der Bank hinterfragen, beteiligten sich durch konstruktive Beiträge an dieser Befragung. Ihre Mitwirkung wurde von der Bank sehr begrüßt.

2010 wird die Bank ihre Finanzierungspolitik im Verkehrssektor überarbeiten und in diesem Zusammenhang eine neue Befragung der Öffentlichkeit durchführen.

Einbindung von Anspruchsgruppen und Beziehungen zur Zivilgesellschaft

Die Bank legt großen Wert auf gute Beziehungen zur Zivilgesellschaft. Sie erkennt an, dass Organisationen der Zivilgesellschaft, zu denen auch NGO und andere Interessengruppen zählen, wertvolle Beiträge zur strategischen Weiterentwicklung der EIB leisten können. Durch hilfreiche ergänzende Informationen können sie auch dazu beitragen, die Bank stärker für lokale Probleme zu sensibilisieren und die Qualität der finanzierten Projekte zu verbessern.

Die Interaktion mit CSO wird vom Referat Zivilgesellschaft koordiniert. Das Referat hat innerhalb der EIB die Rolle einer Schnittstelle. Seine Aufgabe ist es, eine einheitliche und gute Kommunikation mit der Zivilgesellschaft sicherzustellen und aktive Kontakte mit ihren Organisationen zu unterhalten. Das Referat bemüht sich um Kontakte mit Organisationen, die die Öffentlichkeit und vor allem Bürger, die von Finanzierungsoperationen der EIB betroffen sind, bei ihrer Suche nach Informationen über die Bank unterstützen können.



Im Rahmen ihres ständigen Dialogs mit der Zivilgesellschaft organisiert die EIB regelmäßige Workshops, zu denen Vertreter der CSO eingeladen werden. Der CSO-Workshop im Frühjahr (Mai 2009, Brüssel) unter der Leitung von Vizepräsident Philippe de Fontaine Vive beschäftigte sich mit den Themen Straßenverkehr und Biodiversität. Ein wichtiger Termin war auch die jährliche Informationsveranstaltung (Jahresbriefing) für CSO am 9. März 2009 in Brüssel, auf der Vizepräsident de Fontaine-Vive den Vertretern der dort ansässigen CSO die Ergebnisse des Vorjahres präsentierte und sie über die Einrichtung eines neuen Kapitels „Zivilgesellschaft“ auf der Website der Bank informierte. Das Jahresbriefing 2010 für CSO folgt unmittelbar auf die Jahrespressekonferenz der EIB am 25. Februar 2010.

Die Bank hat einen Dialog und partnerschaftliche Beziehungen mit Expertenorganisationen aufgebaut, mit denen sie bestimmte Ziele oder Interessen gemein hat. Solche gemeinsamen Themen sind z.B. die Lissabon-Agenda der EU, nachhaltige Entwicklung, Umweltschutz oder Verringerung der Armut. Auch 2009 unterhielt die Bank kooperative Beziehungen mit Transparency International, der Weltnaturschutzunion (IUCN) und der Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft (EITI); letztere wird von der EIB seit 2008 befürwortet und unterstützt.

Die Bank wird solche zielgerichteten Arbeitsbeziehungen weiter verfolgen; gleichzeitig ist sie aber auch sehr daran interessiert, ihre Kontakte mit kritischen NGO, die Kampagnen gegen die Tätigkeit der Bank führen, aufrechtzuerhalten und zu verbessern. Die Kontakte mit diesen Organisationen haben in den letzten Jahren zugenommen und zur Entstehung eines Dialogs geführt. Die EIB nahm an mehreren Veranstaltungen dieser NGO im Jahr 2009 teil – zum Beispiel an der Konferenz über die Rechenschaftslegung der internationalen Finanzierungsinstitutionen im März 2009 – und zeigte damit, wie wichtig ihr diese Kontakte sind. Die Bank selbst veranstaltete mehrere Diskussionsrunden mit diesen NGO. Themen waren unter anderem die CO₂-Abscheidung und -Speicherung, die Europäische Fazilität für umweltfreundlichen Verkehr, Klimawandel, saubere Energie, Kernenergie und CO₂-Fußabdruck, Offshore-Finanzzentren und die ökologischen und sozialen Standards der Bank für Finanzierungsvorhaben in Entwicklungsländern.

Auf der Projektebene knüpfte die Bank weitere Kontakte mit CSO und Bürgergruppen bzw. setzt ihre Zusammenarbeit mit ihnen fort – zum Beispiel bei mehreren Energie- und Bergbauprojekten in der AKP-Region und in lateinamerikanischen Ländern. Außerdem untersucht sie die Möglichkeit, NGO in Projekte einzubinden, die Mittel für technische Hilfe erhalten können.

Für 2010 sind weitere Zusammenkünfte und Konferenzen mit interessierten Anspruchsgruppen geplant, um Themen von gemeinsamem Interesse zu erörtern – zum Beispiel Bankaktivitäten und Menschenrechte oder auch die Halbzeitüberprüfung der Mandate der Bank für Finanzierungen außerhalb der EU.

Für weitere Informationen über die EIB siehe www.eib.org

Pressekontakt:

Sekretariat der Presseabteilung

E-Mail: press@eib.org; Tel.: (+352) 43 79 – 21000; Fax: (+352) 43 79 – 61000

Allgemeine Fragen:

EIB Infodesk

E-Mail: info@eib.org; Tel.: (+352) 43 79 – 22000; Fax: (+352) 43 79 – 62000